

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Bezugspreis: Monatsabonnement R. M. 1,75 einschließlich
Zugabe. Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche
Redaktion, Druck u. Verlag Kurt Löffel, Bad Homburg v. d. H.

Samstag - Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene 43 mm breite Kompositi-
zeile kostet 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, im Kleinformat
22 mm breit 50 Pfennig. — Die Einzelnummer 10 Pfennig.

Telefon: 707. — Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstraße 26. — Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 20293.

Nummer 67

Montag, den 21. März 1927

2. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Die Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition vom Landtag bis zur S. P. D. in Thüringen müssen als gescheitert betrachtet werden. Der Präsident des Landtages hat den Vizepräsidenten auf Dienstag einberufen, um zur Lage Stellung zu nehmen.

— Gegenüber den Pressemeldungen, die Reichsregierung beabsichtige, die Umsatzsteuer zu erhöhen, wird amtlich erklärt, daß die Reichsregierung weder beabsichtigt noch daran denkt, die Umsatzsteuer bzw. die Körperschaftsteuer zu erhöhen.

— Der französische Senat hat die Zusatzkredite für das Jahr 1926 mit 277 gegen 16 Stimmen angenommen. Im Verlaufe der Beratungen wurde ein Zusatzantrag des Senators Raiberti angenommen, die Identitätskarten für Ausländer auf 800 Fr. zu bemessen.

— Im französischen Ministerrat teilte der Präsident der Republik mit, daß er der Einladung des englischen Königs, am 16., 17. und 18. Mai London einen Besuch abzustatten, Folge leisten werde.

— Aus Rom wird berichtet, es sei nicht unwahrscheinlich, daß Italien zur Dreierkonferenz über die Abrüstung zur See einen Beobachter entsenden werde.

— Der in Lodz angekündigte Generalstreik ist nicht ausgebrochen. Gegenwärtig werden zwischen den Unternehmern und den Arbeitern der Lodzer Textilindustrie unter der Leitung der Regierung Verhandlungen geführt, die aussichtsreich sein sollen.

Der Reichsetat.

Die Aufstellung des Reichsetats macht bekanntlich diesmal deshalb große Schwierigkeiten, weil der Reichstag in seiner Bewilligungsfähigkeit, Millionensummen genehmigt hat, für die jetzt einfach keine Deckung vorhanden ist.

Im Reichstag wurden daher die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den finanzfachverständigen Mitgliedern der Regierungsparteien über die Bilanzierung des Reichshaushalts für 1927 fortgesetzt. An den Beratungen beteiligten sich von der Regierung der Reichsfinanzminister Dr. Brügel, der Finanzminister Dr. Brügel, der Landwirtschaftsminister Schiele, der Wirtschaftsminister Dr. Curtius, der Verkehrsminister Dr. Koch. Die Etatslage ist bekanntlich durch die bisherigen Verschüsse und Anträge auf Erhöhung der Etatsmittel in einer ganzen Reihe von Ausgaben stark überauspannt worden. In den Verhandlungen wurde versucht, diese gespannte Lage durch Ersparnisse und Abstriche von den Erhöhungsanträgen wieder auszugleichen. An Steuererhöhungen wird dabei nicht gedacht. Insbesondere können wir nach der bestimmtesten Versicherung der unterrichteten Stellen versichern, daß an eine Erhöhung der Umsatzsteuer nicht gedacht ist, und niemals gedacht worden ist. Die Mitteilung eines Berliner Spätabendblattes, die von einer solchen Absicht wissen wollte, ist vollkommen grundlos. Es wurde im Verlauf der Beratungen die Hoffnung gehegt, daß man zu einem Abschluß kommen würde. Es ist bereits gelungen, die Summe des Defizits bis auf einen verhältnismäßig geringen Betrag herabzubringen. Die Einzelheiten entziehen sich vorläufig noch der Veröffentlichung.

Das Reichsministerium nachstehende Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, weiß zu diesen Verhandlungen noch zu berichten, daß der Etatsausgleich u. a. durch Erhöhung einer Reihe von Einnahmepositionen gegenüber dem Etatsvoranschlag herbeigeführt werden soll. Das Reichsfinanzministerium glaube durch schärfere Erfassung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer wesentlich erhöhte Erträge aufbringen zu können. Man spreche von Summen bis zu 300 Millionen Mark. Dem „Lokalanzeiger“ zufolge rechnet man damit, daß der Reichsfinanzminister schon sehr bald in der Lage sein wird, dem Hauptauschuß eine Uebersicht über die Neugestaltung des Etats zu geben.

Reichsregierung und Arbeitszeit.

Forderungen Stegertwalds.

In einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften Münchens führte der Erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ministerpräsident a. D. Stegertwald, u. a. aus:

Als Norm muß das Arbeitszeitgesetz die 48-Stunden-Woche bringen. Entweder die jetzige Regierungskoalition macht in einer Stunde, in der zwei Millionen Arbeitslose vorhanden sind, ein vernünftiges Arbeitszeitgesetz, oder sie spielt mit ihrer Existenz. Nach der bloß privatwirtschaftlichen Einstellung vieler Arbeitgeber läßt sich keine Staatspolitik mehr machen. Auch persönlich lehne ich es ab, in allen Situationen, die national nicht lebenswichtig sind, mich als Bremsfloß gebrauchen zu lassen.

Ich habe die jetzige Koalition nicht gewollt, weil ich die Außen- und Innenpolitik nicht für ausgereift hielt. Diejenigen, die sie erzwingen haben, haben jetzt praktisch zu beweisen, daß sie mit ihr nicht die sozialpolitische Reaktion, sondern die Stärkung des nationalen Lebenswillens des deutschen Volkes wollen.

Um den deutsch-französischen Vertrag.

Das umstrittene Weintontingent.

Wie aus Paris gemeldet wird, haben die deutsche und französische Wirtschaftsdelegation über die Abänderungen des 31. Mai gültigen Handelsprovisoriums verhandelt.

Sie diskutierten die Höhe des von den Franzosen verlangten Weintontingents, sowie die Artikel, die deutscherseits als Kompensationen für dieses Entgegenkommen gefordert werden. Nach der „Information“ beläuft sich die Forderung der Franzosen hinsichtlich des Weintontingents für die Monate April und Mai auf 40 Millionen Franken. Es konnte sich hierbei nur um eine Forderung handeln, da die Diskussionen sich nicht soweit gefordert werden konnten, daß man hinsichtlich des Weintontingents und der Deutschland als Ausgleich, a. bewilligenden Kontingente eine Verständigungsbasis gefunden hat.

Im Zusammenhang damit hat der französische Handelsminister Bokanowski einem Vertreter des „Petit Parisien“ Erklärungen über den neuen französischen Zolltarif, der dem Parlament zur Beratung vorliegt, gemacht. Der Handelsminister erklärte, die rasche Verabschiedung sei besonders deshalb erforderlich, weil sich Frankreich in der Notwendigkeit befinde, mit zahlreichen Ländern Handelsabkommen abzuschließen, die allein dem Warenaustausch die unerläßliche Sicherheit und Stabilität geben könnten. So stehe das französische Handelsministerium gegenwärtig in Verhandlungen mit Deutschland, Spanien, Irland, Albanien, Norwegen, Mexiko, China, Japan und Südafrika. Ein Zolltarif, der der französische von 1892, der gar nicht die unendlichen Bervollkommnungen der Technik auf allen Produktionsgebieten, namentlich in der metallurgischen, chemischen und Maschinenindustrie voraussehen konnte, verfolge die französische Handelsvertragsdelegationen in eine besonders ungünstige Lage, besonders wenn sie sich Unterhändlern solcher Länder gegenüber befänden, die sich auf kürzlich ausgearbeitete Zolltarife stützten, die viel präziser ausgearbeitet seien, und den letzten Fortschritten der industriellen Technik besser angepaßte Spezialisierungen enthielten. Man wisse, wie Deutschland durch geschickte Anwendung der Zollspezifizierungen, praktisch gesehen, diesem oder jenem seiner Verhandlungsgegner den Vorteil der Meistbegünstigungsklausel habe entziehen können.

Konfliktgefahr auf dem Balkan.

Verdächtige serbische Rüstungen.

Die offiziöse italienische Zeitung „Giornale d'Italia“ meldet aus Belgrad, daß nach aus sicherer Quelle stammenden Nachrichten der südslawische Generalstab unter Führung des Königs mit der Durchführung eines umfangreichen Planes beschäftigt ist, den man als Mobilisierung mit außerordentlichen Vorbereitungen bezeichnen kann, die den Charakter großer Eile tragen.

Alles weist darauf hin, daß Maßnahmen ergriffen worden seien, um das Heer so schnell wie möglich auf Kriegsfuß zu legen. Der Berichterstatter der Zeitung erklärt, die Verdähte über die Vorbereitungen zu einer Mobilisierung an der albanischen Grenze beständen zu können. Im Arsenal von Kragevatz und in den staatlichen Pulverfabriken werde viel intensiver gearbeitet als früher. Große Einkäufe von Ketten und Ausrüstungsgegenständen würden vorgenommen. Man führe überall Verhandlungen für den Ankauf von Tanks und Flugzeugen.

Diese italienischen Meldungen über angebliche Mobilisierungsmassnahmen in Jugoslawien finden in einem Teil der englischen Presse große Beachtung. Ein Berichterstatter der „Times“ in Albanien schreibt, in Tirana sei beträchtliche und berechtigte Beforgnis verursacht worden durch Berichte, daß neue Vorbereitungen auf jugoslawischem Boden für eine Erneuerung der letzten November gescheiterten Aufstandsbewegung gegen die albanische Regierung getroffen werden. Seit langem sei bekannt gewesen, daß die unzufriedene Elemente eine Organisation und einen verwaltenden Ausschuß in Jugoslawien haben. Bei einem Einfall von Komitatshandeln nach Albanien würde der Vertrag von Tirana in Wirklichkeit treten und italienische Hilfe würde den albanischen Widerstand stärken. Es erübrige sich, die ernststen Möglichkeiten einer solchen Lage hervorzuheben.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, die in London eingetroffenen italienischen Berichte über eine ungewöhnliche jugoslawische Tätigkeit an der albanischen Grenze seien besonders beunruhigend, da sie amtlich in Rom inspiriert zu sein scheinen.

Die „Times“ betont das „international anerkannte Interesse“ der italienischen Regierung an der Unabhängigkeit Albaniens und fährt fort: Das schlimmste Merkmal in der augenblicklichen Lage ist, daß, nachdem ein Versuch, Ahmed Zogus zu stürzen, gescheitert ist, ein neues albanisches Abenteuer in Jugoslawien vorbereitet wird, unter Umständen, in denen sogar sehr teilweiser Erfolg eine italienische Intervention zur Verteidigung des albanischen Status quo unvermeidlich machen wird.

Ein Aufruf der Deutschen Volkspartei.

Feier des Gründungsstages der Nationalliberalen Partei.

Anläßlich der Wiederkehr des 60. Gründungsstages der Nationalliberalen Partei, die in Hannover festlich begangen wird, hat die Deutsche Volkspartei einen Aufruf an ihre Anhänger erlassen, in dem es heißt:

Die Deutsche Volkspartei begeht festlich die 60. Wiederkehr des Gründungsstages der Nationalliberalen Partei. Sechzig Jahrzehnte sind bisher die Gedanken lebendig geblieben, die zur Gründung der Nationalliberalen Partei geführt haben. Das ist ein Beweis für die ihnen innewohnende gesunde politische Kraft. Wer einen Blick für die Erfordernisse der heutigen Zeit hat, wird anerkennen, daß die nationalliberalen Gedankenwelt von entscheidender Bedeutung auch für die zukünftige Entwicklung des Reiches ist.

Unter den schwierigsten Verhältnissen hat die Deutsche Volkspartei in den Tagen des Zusammenbruchs des nationalliberalen Banners neu entfaltet und hat in der Wählerschaft einen Anhängerkreis errungen, größer, als ihn die letzten Jahrzehnte der Nationalliberalen Partei gesehen haben. Ueber mancherlei Stürme hinweg, von manchen oft nicht verstanden, ja vielfach angefeindet, hat sie unter zielbewußter Führung die ihr gestellten neuen Aufgaben in Angriff genommen und darf heute mit Genugtuung feststellen, daß nicht nur die Ziele, sondern auch die Methoden der völksparteilichen Politik innerwie außenpolitisch weit über die Grenzen der Partei hinaus als richtig anerkannt werden. Ohne rühmend zu sein, darf die Deutsche Volkspartei für sich in Anspruch nehmen, daß ohne ihre richtunggebende Mitarbeit Deutschland noch nicht die Wegstrecke vom Zusammenbruch zum Wiederaufbau zurückgelegt hätte, auf die heute viele als auf etwas Selbstverständliches zurückschauen.

Der Aufruf fordert dann die Anhänger der Partei auf, einen Beitrag zu einer Jubiläumsspende an die Zentrale nach Berlin zu senden.

Politische Tageskran.

— Beschlagnahme Waffen. Nach einer Meldung aus Hannover hat die politische Abteilung der Kriminalpolizei bei dem Stahlhelmsmitglied von 13 Gewehren (Modell 98), ein leichtes Maschinengewehr und eine Riste Lebewandmunition beschlagnahmt. Nach einer weiteren Nachricht aus Hamburg wurden in einer dortigen Turnhalle mehrere Mitglieder des Stahlhelms verhaftet, die Übungen mit einem Maschinengewehr abgehalten haben. Das Maschinengewehr wurde beschlagnahmt.

— Forderungen der preussischen Beamtenschaft. Im Rahmen des Verbandstages des Preussischen Beamtenbundes wurde unter Teilnahme von Regierungs- und Parlamentsvertretern eine öffentliche Kundgebung veranstaltet. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß seit 1924 keine Erhöhung der Beamtenbezüge mehr eingetreten sei. Es müsse eine außerordentliche Gefahr für den Bestand des jetzigen Staates entstehen, wenn weiterhin der Beamtenstand die zu einer geordneten Lebensführung und ihrer Stellung als Stützen des Staates und Träger des Staatsgedankens entsprechende Befolgung vorenthalten bleibe. Mit Rücksicht auf die immer fortschreitende Verschuldung der gesamten Beamtenenschaft sei es eine unabwendbare Pflicht der preussischen Staatsregierung, hier die Initiative zu ergreifen. — Nach einer eingehenden Kritik des preussischen Polizeibeamtengesetzentwurfes wurde der Gesetzentwurf abgelehnt und gefordert, daß die Polizeibeamten sämtlich in das allgemeine Beamtenrecht eingegliedert werden.

— Die Zugehörigkeit zur S. P. D. in Bayern fragbar. Vor dem Landgericht München, als Berufungsinstanz, standen acht Kommunisten, die als Teilnehmer an einer Parteikonferenz zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Die Berufung sämtlicher Angeklagten wurde verworfen. In der Begründung heißt es, daß die Tatsache der Eigenschaft eines Funktionärs der S. P. D. genügend Grund zu einer Verurteilung ist, auch wenn sonst keine strafbare Handlung vorliegt.

— Erpressung an einem Engländer in Shanghai. Vier bewaffnete Chinesen drangen in Shanghai in das Haus des früheren Leiters einer bekannten englischen Firma ein und zwangen ihn, Schecks über insgesamt 8000 Taels zu unterzeichnen. Sie ließen ihn erst wieder frei, nachdem sie die Schecks eingelöst hatten.

— Das amerikanische Abrüstungsmemorandum. In amtlichen Washingtoner Kreisen kann man sich die Pariser Abmachungen nicht erklären, daß die amerikanischen Bemerkungen zu dem Bericht des Völkerbundsauusschusses für Abrüstungstragen die Entscheidung Frankreichs über die Entsendung eines Beobachters zu der Dreimächtekonferenz beeinflussen könnten. Es wurde erklärt, daß der Ausschußbericht und die amerikanischen Ansichten darüber in keinem Zusammenhang mit der Flottenabrüstungskonferenz stünden, soweit die amerikanische Regierung die Lage verstehe. Die in Genf erfolgte Veröffentlichung der amerikanischen Bemerkungen zu dem Bericht des Völkerbundsauusschusses wird im Staatsdepartement für eine augenscheinliche Mystifikation gehalten, da keine amtliche Meldung darüber vorliegt, daß die Ansichten anderer Regierungen bekanntgemacht worden sein.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. März.

Den Platz des Abg. v. Tirpitz (Dntl.), der heute seinen 78. Geburtstag feiert, schmückte ein großer Blumenstrauß.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern wird beim

Bildungswesen

fortgesetzt.

Abg. Schwesing (Soz.) erklärt, man habe besonders die Kürze und die Tendenz der Rede des Ministers gerühmt. Kurz sei sie zwar gewesen, aber er habe verschwommene Formulierungen geboten. Der Redner fordert Auskunft über das Reichsschulgesetz und fragt, ob der Minister den Streit der evangelischen Elternbünde gebilligt habe. In Braunschweig gebe es Lehrbänder, die vom Geiste einer Bejahung der Republik sehr wenig erkennen lassen.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) verweist auf die Not der Junglehrer. Die deutschen Bildungsbestrebungen sollten endlich vereinheitlicht werden. Die Familie sei das wesentlichste Element der Erziehung und die Rechte der Eltern unbestritten.

Reichsminister des Innern v. Reudell

antwortet auf verschiedene Anfragen u. a. auch wegen des Reichsschulgesetzes: Von vorzeitigen Erörterungen der mir gestellten Aufgaben kann ich mir keinen Vorteil versprechen. Angesichts der Entwicklung, die die Fragen der Lehrerbildung in den einzelnen Ländern genommen haben, ist eine erneute Entscheidung der Reichsregierung erforderlich. Die Frage soll mit möglichstster Beschleunigung vor das Kabinett gebracht werden. Wenn die Verzögerung in der Frage des Reichslehrenmals dazu führen würde, daß in dieser Angelegenheit eine größere Einigung herbeigeführt würde, so würde ich die Verzögerung nicht bedauern. Im übrigen ist die Reichsregierung sich bewußt, daß die Frontkämpferverbände, bei denen alle politischen Richtungen vertreten sind, ein ganz gewichtiges Wort bei dieser Entscheidung mitzusprechen haben. Die kulturellen Hoheitsrechte der Länder werden beachtet werden. Ich bitte, in der Kürze meiner Ausführungen keinen Maßstab für die hohe Bedeutung dieser Fragen zu sehen. Gegenüber den hohen internationalen Verpflichtungen hat das deutsche Volk auch einen sittlichen Anspruch auf ein gewisses kulturelles Existenzminimum. Erschreckend ist das Elend, in dem sich die Geistesarbeiter befinden. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß die Mittel, die für geistige Zwecke aufgewendet werden, außerordentlich gering sind. Sie wird bemüht sein, hier helfend eingzugreifen.

Abg. Rosenbaum (Komm.) legt erneut Bilder vor, die im Schlosspark des Herrn v. Reudell aufgenommen worden sind und die Gruppen von Jugendverbänden zeigen sollen.

Abg. Brühl (Bayr. Vp.) wünscht, daß auch die Leibesübungen des weiblichen Geschlechtes gefördert werden. Das Jugendherbergswesen müsse gefördert werden. Vom Schauturnen für Frauen solle man absehen.

Abg. Dr. Spuler (Dntl.) erblüht in der Religionslosigkeit ein Zeichen plattestiller Halbbildung. Der Redner erkennt die Notwendigkeit nur für zwei höhere Schultypen an. Die Gelehrtenschule und die Schule für diejenigen, die ins praktische Leben oder in die Technik gehen wollen. Die humanistische Bildung sei bei weitem die beste. Für ausländische Kunst seien Millionen ausgegeben worden. Zum Glück scheinen Rubismus und andere Erscheinungen ziemlich überwunden zu sein. Der Redner fragt nach den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Abg. Seiffert (Völk.) wünscht, daß die altgermanische Kultur zum Bildungsgut der ganzen Nation wird.

Inzwischen ist ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Minister v. Reudell eingegangen.

Beim Kapitel „Gesundheitswesen“ beschwert sich Abg. Rube (Völk.) darüber, daß der Kabinettsrat zwei Klassen von Abgeordneten schaffe mit verschieden langer Redezeit.

Vizepräsident Esser: Ein solcher Beschluß ist mir nicht bekannt. Es ist aber selbstverständlich, daß die Vertreter einer zerstückelten Fraktion nicht dieselbe Redezeit erhalten wie die einer großen Fraktion.

Abg. Rube (Völk.) beantragt Abstimmung darüber, ob der Beschluß des Kabinettsrats zulässig sei.

Vizepräsident Esser schlägt vor, diesen Antrag dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen.

Reichsinnenminister v. Reudell betont die Notwendigkeit, das Gesundheitswesen einheitlich zu regeln. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind in Vorbereitung.

Der Sternfrug.

31) Kriminal-Roman von Adolf Streckfuß.

Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1926.

Steinert ließ sich nicht nötigen. Er erzählte manch'artiges Jagdabenteuer, Selbstverlebens und Geschichts, bunt durcheinander, und er verstand es, zu erzählen! Seine Zuhörer lebten mit ihm im Wald und in den Steppen. Herr von Helwald wurde ganz hingerissen von den frischen, kräftigen, lebendigen Schilderungen des amerikanischen Jägerlebens. Wie war ihm die Mittagsstunde so schnell verflogen, als an diesem Tage.

Das Mahl war beendet, der alte Philipp brachte den schwarzen Kaffee, die beiden Inspektoren empfahlen sich; sie wären gerne noch geblieben, denn auch sie hatte der geistreiche Gast durch seine Unterhaltung bezaubert, aber die Bitte der Wirtin gebot ihnen, sich zu entfernen, sobald der Kaffee serviert wurde.

Herr von Helwald bot seinem Gast eine Zigarre an; dies war ein Zeichen besonderer Gunst, welche sonst der etwas adelstosige Gutsbesitzer nur Standesgenossen gewährte. „Sie werden es mir wohl nicht übel nehmen, Herr Steinert“, sagte er, „wenn ich mich jetzt einer alten, nicht zu lobenden, mir aber unentbehrlichen Gewohnheit, der, mein Mittagsschlafchen zu machen, überlasse. Wenn Sie ebenfalls müde sein sollten, finden Sie in dem Ihnen angewiesenen Zimmer ein bequemes Sofa, sonst aber wird Ida Sie unterhalten müssen, Ihnen vielleicht unseren schönen kleinen See im Park zeigen; die Baumgänge am Ufer gewähren einen erquickenden kühlen Spaziergang.“

Steinert war ganz und gar nicht müde; der Spaziergang am See mit Ida erschien ihm weit angenehmer und losender, als die Ruhe auf dem weichen Sofa der Fremdenstube.

„Ich werde Sie also, wenn es Ihnen recht ist, in einem Stündchen mit meinem Einspanner am See auffuchen“, fuhr Herr von Helwald fort. „Wir können dann eine Fahrt um die Grenzen von Gromberg machen, damit Sie sich erst einmal orientieren. Ich habe in dessen zugleich noch einen anderen Vorschlag für Sie. Sie beabsichtigen, sich Gromberg genau anzusehen, um Strom Hause detaillierte Mitteilungen zu machen; da

mungen zum Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind in Vorbereitung. Sie sollen im Einvernehmen mit den Ländern möglichst einheitlich erlassen werden. In Vorbereitung ist auch ein Landstreichergesetz; eine reichsgesetzliche Regelung der Tuberkulosebekämpfung begegnet angesichts der finanziellen Verhältnisse Schwierigkeiten.

Abg. Rube (Völk.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit.

Vizepräsident Esser stellt die Beschlußfähigkeit fest und beantragt eine neue Sitzung auf zehn Minuten später an.

Nach viertelstündiger Pause wird um 3 Uhr die Sitzung fortgesetzt.

Abg. Demeter (Dntl.) begründet eine Entschließung, die Landesgesetz zur Bekämpfung der Zigeunerplage verlangt, weil die Zigeuner die Viehweiden verschleppen.

Abg. Dr. Rube (Soz.) wünscht dem Reichsgesundheitsamt mehr Aktivität.

Abg. Bleds (D. Vp.) fordert eine Reform des Krankenpflegewesens, der Säuglingspflege und Wochenpflege durch Reichsgesetz.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) beantragt reichsgesetzliche Regelung des Hebammenwesens, der Krankenpflege und der Tuberkulosebekämpfung.

Abg. Frau Weber (Ztr.) bekämpft den Alkoholimibbrauch.

Der Präsident des Gesundheitsamts Hamel erklärt, ein Arzneimittelgesetz sei in Vorbereitung.

Abg. Frau Alendsee (Komm.) fragt nach dem gegenwärtigen Gesundheitsstand.

Abg. Behold (Wirtschaftsp.) beschwert sich darüber, daß für Menschenfürsorge nur 400 000 Mark, für Tierfürsorge dagegen 1 200 000 Mark zur Verfügung stehen sollen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr vertagt. Außerdem: Postetat.

Stresemann in Hannover.

Das Jubiläum der deutschen Volkspartei.

Vor 60 Jahren wurde im Norddeutschen Reichstag unter Führung Rudolf von Benningsens die Gründung der national-liberalen Fraktion vollzogen. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Deutsche Volkspartei, die politische Nachfolgerin der alten National-liberalen Partei, am 18. und 20. März in Hannover eine große Jubiläumssfeier, zu der sich neben dem Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Curtius aus allen Teilen des Reiches und aus den abgetrennten Grenzgebieten zahlreiche Führer und Veteranen der alten National-liberalen Partei und der Deutschen Volkspartei eingefunden hatten.

Die Festveranstaltungen wurden eingeleitet durch eine Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei, dem noch eine Sitzung des Zentralvorstandes folgte. Den Bericht über die politische Lage erstattete der Parteivorstandende Dr. Stresemann. Unter den sich stets erneuernden Zustimmungserklärungen des Zentralvorstandes erklärte er, daß man es bei der stets sachlichen Haltung der Partei doch verstehen müsse, wenn sie keine politischen Wendungen fordern könne, die eine Verleugnung ihres liberalen Standpunktes bedeuten würden. Es wurde dann eine Kundgebung

beschlossen, in der sich der Zentralvorstand erneut zu den alten Zielen und Bestrebungen des deutschen nationalen Liberalismus bekennt. Die Deutsche Volkspartei sei durch den Beschluß des Zentralvorstandes der National-liberalen Partei vom 15. 12. 1918 die Fortsetzung der National-liberalen Partei geworden. Deshalb wüßte die Deutsche Volkspartei zu bekunden, daß die unzerstörbaren Ideale nationalen und liberalen Denkens und Wollens in ihr fortleben und die Grundlagen ihrer Bestrebungen sind und sein werden. Bewußt habe die Partei sich in den Dienst des neuen Deutschlands gestellt. Sie habe ohne Aufgabe ihres grundsätzlichen Bekenntnisses zu den großen Idealen der Vergangenheit das Staatswohl über die Staatsform, die Arbeit im Dienste des Volkes über die Arbeit im Dienste der Partei gestellt. Sie glaube, daß die Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes Aufgabe

wäre es doch für Sie sehr unbequem, immer von Beutlingen herüberzukommen. Wie wär's, wenn Sie einige Tage ganz bei uns blieben? Das Fremdenzimmer steht, wie Sie gesehen haben, für Sie bereit, und uns machen Sie durch Ihren Besuch eine Freude. Nicht wahr, Ida?

„Gewiß Papa!“ war die Antwort; daß sie von Herzen kam, las Steinert in den sprechenden, großen Augen, die ihn erwartungsvoll, fast bittend anschauten. Er kämpfte hart mit sich selbst. Seine Neigung trieb ihn, die Einladung anzunehmen. Wie schön dachte er es sich, einige Tage mit Ida im nächsten Zusammensein zu verbringen! Auch für die Durchführung seiner Pläne konnte ein Aufenthalt in Gromberg sehr förderlich sein; aber dennoch, es war unmöglich, er konnte nicht hier bleiben als der Gast des Mannes, den er der rächenden Gerechtigkeit zu übergeben entschlossen war.

Er schlug die Einladung aus; er müsse auch andere Güter und die benachbarten Städte besuchen, dazu sei Beutlingen der geeignete Mittelpunkt, so sagte er, und auch durch dringendes Zureden Helwalds und eine recht freundliche Bitte Idas ließ er sich nicht bewegen; nur daß er während seines Aufenthaltes in Beutlingen so oft als irgend möglich nach Gromberg kommen wollte, versprach er.

Er bereute es fast, daß er so entschieden gewesen war, als er mit Ida den reizenden Spaziergang am Ufer des kleinen Sees im Park machte. Welche entzückende Stunde des ungestörten, vertrauten Beisammenseins! Ida war so natürlich vertrauensvoll, so einfach glütig! Das liebevolle Landkind hatte den starken, im Kampf des Lebens erprobten Mann völlig bezaubert. Wäre sie nur nicht die Tochter dieses Herrn von Helwald! Dies war Steinerts einziger, immer wiederkehrender, trostloser Gedanke.

Die Stunde war verflossen, Steinert glaubte es kaum, da kam Herr von Helwald, um seinen Gast mit dem Einspanner zur Umfahrung des Gutes abzuholen. Ida begleitete die Herren, sie saß neben Steinert in dem kleinen, zweisitzigen Wagen, während Herr von Helwald den Kutscherhock einnahm, da er selbst die Fägel führte.

Ob Steinert, dessen scharfes, forschendes Auge sonst

einer Zeit sei, in der es sich darum handelte, das Reich zu erhalten gegenüber den Nachwirkungen der Krieges- und Nachkriegszeit. Sie wünschte das Erreichbare sicherzustellen auf dem Gebiete der Außen- und Innenpolitik, ohne die Ziele anzugeben, die darüber hinaus in ihren Idealen liegen.

Die Festrede Stresemanns.

Am Abend fand in der Stadthalle eine große Festversammlung statt, in der Reichsminister Dr. Stresemann die Festansprache hielt und dabei besonders den national-liberalen Führer Rudolf von Benningsen erwähnte. Im Zusammenhang damit führte er u. a. aus:

„Der Name der Partei hat sich geändert, die Gedanken sind geblieben. Wir waren, sind und werden bleiben eine national-liberale deutsche Volkspartei. Ein neues Deutschland ist entstanden: als Folge eines unglücklichen, verlorenen Krieges. Wir alle, die wir das alte Deutschland gekannt haben, und im neuen Deutschland leben, sind Wanderer zwischen zwei politischen Welten. Für uns gilt das Wort von dem alten Deutschland, das wir lieben und dem neuen Deutschland, für das wir leben. Wir werden uns dem Ruf, an unserem Staat, dem republikanischen Deutschland, mitzuarbeiten, nie verlagern und werden lieber Unpopulärkeit in gewissen Zeitströmungen auf uns nehmen, als billige Agitationspolitik zu betreiben. Wir sind keine Rechtspartei und keine Linkspartei, sondern gehen selbständig unseren Weg, und unser Fühlen und Denken bleibt die national-liberale Gedankenvelt unserer Väter.“

Wir wissen, daß das Werk des deutschen Wiederaufbaus nicht von einer Partei erreicht werden kann, und lehnen es daher ab, das deutsche Volk zu zerreißen in angeblich nationale und nichtnationale Kreise. National ist für uns, wer seine Pflicht tut gegenüber seinem Lande, und es hoch bringen will. Mögen die Wege, die die einzelnen dazu für richtig halten, auch verschieden sein: nur das ganze Volk, das sich gegenseitig achtet, kann die Gewähr des Wiederaufbaues geben.“

Die Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Am Sonntag mittag fand eine Feier und Kranzniederlegung am Rudolf-von-Benningsen-Denkmal statt.

Lokales.

Gedenktage für den 23. März.

1459 * Kaiser Maximilian I. in Wiener-Neustadt († 1519) — 1599 * Der Maler Anthonis van Dyck in Antwerpen († 1641) — 1771 * Der Schriftsteller Heinrich Heine in Magdeburg († 1848) — 1797 * Kaiser Wilhelm I. in Berlin († 1888) — 1892 * Wolfgang v. Goethe in Weimar (* 1749) — 1858 * Der Forschungsreisende Hans Meyer in Gildburgshausen — 1866 * Der Chef der Reichswehr General Hans v. Seeckt in Schleswig — 1871 Otto v. Bismarck erhält die Fürstentürme — * Der Schriftsteller Franz Adam Behnlein in Meissen — 1916 Wiederherstellung der Republik in China.

Milch, Zucker und Salz.

Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die Nahrungsmittel, die dem Menschen von heute ganz unentbehrlich geworden sind, von Anfang bekannt gewesen und dementsprechend verwendet worden seien. So geht der Gebrauch der Milch auf die Zeit zurück, in der der Mensch den Acker zu bearbeiten und Viehzucht zu betreiben begann. Die Griechen jedoch zählten noch im heroischen Zeitalter die Milch durchaus nicht zu den Nahrungsmitteln, vielmehr verleumdete Homer die Milch als ein Nahrungsmittel, das gut für barbarische Völker sei, die denn auch von ihm verächtlich „Gallatophagen“, d. h. Milcheffer, genannt werden. Den Gebrauch der Butter lernten die Griechen wie Römer von den Germanen und Galliern, während die Völker des Fernen Ostens die Bekanntheit mit der Butter erst in neuerer Zeit durch Holländer und Engländer machten. Auf die Periode der Ackerwirtschaft geht auch der Gebrauch des Salzes zurück.

Das Salz, das Plutarch das Gewürz der Gewürze nennt, wurde wie eine Gottheit verehrt, und wenn Homer den

nie ruhte, der mit einem Blick alles sah, von den Gromberger Grenzen, die er umfuhr, sich ein klares Bild eingepägt haben mag? Wohl schwerlich! Diese Fahrt erschien ihm fast wie ein schöner Traum. Er sah dem lieblichen Mädchen in dem engen Wagen so nahe, sein Arm berührte den Hals, ihre kleine weiße Hand lag so verführerisch, daß er sie ergreifen mußte, sie entzog sie ihm nicht. So fuhr er die Hand in Hand durch die Felder und den Wald, es war ein Glück für Steinert, daß Herr von Helwald jetzt allein die Unterhaltung führte und daß er, wenn er auf dieses oder jenes Feld- oder Waldstück aufmerksam machte, keine Antwort begehrte, unser Freund würde sonst wohl manches verkehrte Wort gesprochen haben, dachte er doch an nichts anderes, als an die kleine weiße Hand, welche er in der seinigen hielt, sah er doch einzig und allein die großen dunklen Seenaugen, die ihn mit ihrem träumerisch liebevollen Blick bezauberten.

Sie lehrten nach Gromberg zurück. Er glaubte, sie seien eben fortgefahren. Jetzt aber mußte er sich ermannen! Er nahm Abschied; zu Fuß wollte er nach Beutlingen wandern, das aber litt Herr von Helwald nicht, der alte Philipp selbst mußte den Gast im Einspanner nach der Stadt fahren.

VI

Der Bericht des Polizeirats.

Es war noch nicht Abend, als Steinert nach Beutlingen zurückkehrte; er wechselte im Gasthof nur schnell die Kleider, dann fragte er nach der Wohnung des Bürgermeisters Wurmser; der Kellner führte ihn nach dem nahegelegenen Hause.

Der Bürgermeister sei nicht zu sprechen, er habe Gesellschaft, meinte das niedliche Dienstmädchen, welches dem klopfenden Steinert die Tür öffnete. Die Kleine war nur schwer zu bewegen, dem gestrengen Herrn Steinerts Karte hineinzutragen, sie dürfe ihn nicht bei der Spielpartie stören. Hätte der Fremde nicht ein gar zu vornehmeres Äußere gehabt, dann würde sie sich auch nicht zu dem Wagemut, die bürgermeisterliche Spielpartie zu stören, entschlossen haben; endlich aber gehorchte sie Steinerts ernsten und bestimmten Befehlen, sie brachte ihrem Herrn die Karte.

(Fortsetzung folgt.)

neisten Stand der Barbarei bei einem Volk kennzeichnen will, so spricht er von dem Volk, das kein Salz zu seinen Speisen nimmt. Es war auch das Symbol der Gasseinigkeit. Bis in die jüngste Zeit hinein war es bei den Regern von Innerafrika so, daß es wie das Gold als Münzeinheit galt. Mit einer Handvoll Salz konnte man sich ein paar Sklaven kaufen.

Nach der Zücker kann sich keineswegs einer langen Geschichte rühmen. Denn lange Zeit hindurch behalt man sich mit Honig und Süßholzwurzel, und erst im Mittelalter erlernte man die Kunst, aus dem Saft des Ruderrohrs eine weiße Substanz auszuscheiden. Die Lebenshaltung einer Königin von Frankreich erforderte noch im Jahre 1370 nur vier Ruderbeere von je fünf Pfund. Zu Zeiten Heinrichs VI. kaufte man den Zucker bei den Apothekern, selbst unter Ludwig XIV. war er ein Luxusartikel, der so hoch geschätzt wurde, daß man die Richter mit Zuckerzeug zu bestechen suchte.

Um vom Süßesten aufs Bitterste zu kommen, sei darauf verwiesen, daß während des ganzen Mittelalters auch der Pfeffer so selten war, daß das Sprichwort etwas besonders Wertvolles als „teuer wie Pfeffer“ bezeichnete. In seinem Kampf gegen die Korruption der Beamten, die man durch Geschenke von Pfeffer seinen Wünschen geneigt zu machen suchte, setzte der heilige Ludwig den Wert des Pfeffers, den ein Richter erhalten dürfe, ohne sich in seinem Gewissen bedrückt zu fühlen, auf zehn Goldstücke fest.

*

Wettervorhersage für Dienstag, den 22. März. Keine wesentliche Änderung.

Die Vergütung von Befähigungsleistungen. Die Industrie- und Handelskammer zu Koblenz teilt mit: Der Ausschuss des 16. Reichstagsausschusses für die Befähigungsleistungen hat dem Regierungsausschuss über die Vergütung der Befähigungsleistungen und Vermögensschäden (Befähigungsleistungen), mit dem sich auch der Wirtschaftsausschuss für die Befähigten Gebiete beschäftigt hatte, in zwei Sitzungen eingehend beraten und ihm im wesentlichen zugestimmt. In Anbetracht der Tatsache, daß das Gesetz dem gegenwärtigen Zustand gegenüber sowohl in materieller Beziehung als auch in der äußeren erhebliche Verbesserungen bringt. In zwei Jahren wesentliche Änderungen vorgenommen worden. Der § 33 erhält einen Zusatz, das die Feststellungsbehörden, in geeigneten Fällen mündliche Verhandlungen anzustellen können, hierzu verpflichtet sind, wenn der Antragsteller oder der Vertreter des Reiches es verlangt. In § 48 wurde der Satz geändert, daß die Feststellungsbehörde dem Antragsteller die Akteneinsicht aus tatsächlichen Gründen versagen oder beschränken kann.

Obligatorisches Schiedsverfahren bei Räumungen. In den nächsten Tagen erfolgt die Veröffentlichung des vom Reichstag mit Zustimmung des Reichsrates beschlossenen Gesetzes, nach dem bei Räumungen: Der gewerbliche Räumende der Entscheidung des Räumungsgerichts ein obligatorisches Schiedsverfahren mit dem Mietungsamt voranzutreiben muß. Erst nachdem das Mietungsamt eine Entscheidung darüber ausgesprochen hat, daß ein gültiger Vertrag zwischen den Parteien von dem Mietungsamt erfolglos versucht worden ist, darf der Räumende einen Termin zur mündlichen Verhandlung über die Räumungsfrage anberaumen werden. So weit beim Erlaß des Gesetzes bereits Räumungsfragen erhoben sind, ist die Entscheidung des ordentlichen Gerichts bis zur Erledigung des obligatorischen Schiedsverfahrens ausgesetzt. Durch die Einführung dieses obligatorischen Schiedsverfahrens vor dem Mietungsamt ist die Tätigkeit der von den Hausbesitzerorganisationen und verschiedenen Wirtschaftsverbänden eingerichteten fakultativen Schlichtungsstellen gegenstandslos geworden.

Grundvermögenssteuererleichterungen beim verpachteten landwirtschaftlichen Grundbesitz. Wie der Deutsche Reichstag dem Reichsrat einen Erlaß des Finanzministers entnimmt, können Steuererleichterungen, soweit sie wegen Beschädigung der Ernte, durch Überschwemmungen und andere Naturereignisse nach Maßgabe der allgemein ergangenen Bestimmungen zu gewähren sind, bei Verpachtungen nicht deswegen verweigert werden, weil der geschädigte Pächter nicht öffentlich-rechtlicher Schuldner ist. Auch in Fällen, in denen die Ungunst der persönlichen Verhältnisse die Steuererleichterung rechtfertigt, sollen die Verhältnisse des Pächters berücksichtigt werden. Bei Domänenpachtungen wird dadurch der Pächtervertrag die Steuer im Regelfall privatrechtlich auf den Pächter unmittelbar überwälzt ist, der Pächter infolgedessen ohne weiteres die Steuererleichterungen genießen. Die Bewilligung von Steuererleichterungen wegen persönlicher Verhältnisse setzt ferner voraus, daß die persönliche Notlage nicht etwa durch eine zu hohe Pachtpreisforderung des Verpächters hervorgerufen ist.

Leistungen zum Wohnungsbau.

Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates.

Der Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stimmte mit großer Mehrheit Beschlüssen über die Förderung des Wohnungsbauwesens zu, wonach der Wohnungsbau mit allem Nachdruck zu fördern ist, weil er auch die Erwerbslosigkeit mildern würde. Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft kann nur schrittweise vorgenommen werden. Voraussetzung der Aufhebung ist, daß der Bedarf an Wohnungen gedeckt ist. Die Mieten müssen in Altwohnungen und Neubauten möglichst bald einander angeglichen werden. Zu diesem Zweck sind in erster Linie die Mieten in den Neubauten möglichst niedrig zu halten.

Die aus der Erhöhung der gesetzlichen Miete fließenden Geldbeträge dürfen nur verwendet werden an erster Stelle zur Förderung des Wohnungsbauwesens, für den Hausbesitzer zur Deckung des erhöhten Zinsdienstes und der erhöhten Betriebskosten und für die der Gemeinden aus der Bausorge für unbemittelte Mieter entstehenden Lasten. Privatkapital ist in möglichst großem Umfang heranzuziehen und eine tarifgesetzliche Neuordnung der Hauszinssteuer möglichst bald vorzunehmen. Voraussetzung der Erzielung tragbarer Neubauten ist, daß alle Länder und Gemeinden den Neubauten auf zehn Jahre Steuerfreiheit gewähren. Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Ausschuss der Auffassung ist, daß die geplante Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Folge habe und daß vor endgültiger Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ein soziales Wohnungsrecht, insbesondere für unbemittelte, kinder-

reiche Familien und Sozialrentner geschaffen werde.

Dazu schreibt uns ein Leser unseres Blattes:

Was der vorläufige Reichswirtschaftsrat eigentlich ist, wird wohl den meisten Lesern dunkel sein, so auch mir. Einwirkung auf die Gesetzgebung hat er wahrscheinlich direkt nicht, sondern wird wohl nur sein Gutachten abzugeben haben. Ist das so, dann bewahre die Hunderttausende von Wohnungslosen ein gültiges Gedächtnis vor diesen Leisungen in der Praxis.

Was soll denn heilsweise ein soziales Wohnungsrecht bedeuten? Wo ist da der Anfang, wo das Ende? Wer soll denn überhaupt neu bauen und wer das Geld zu Neubauten geben? Der Staat gibt seit Bestehen der Wohnungs-Zwangswirtschaft, d. i. seit 1919, jährlich Hunderte von Millionen aus für Neubauten, Reparatur-Silfen, Miet-Einigungs- und Wohnungsämter, und trotz aller Versuche und noch in Aussicht gestellten Experimente jahraus, jahrein Wohnungsnot an allen Ecken. Richtig ist der Leisler, daß der Wohnungsbau die Erwerbslosigkeit mildern würde, — richtig zwar, aber nicht neu! Das konnte man sich schon vor acht Jahren sagen.

Wenn die Leisler aber besagen, für Wohnungsbau müsse Privatkapital in großem Umfang herangezogen werden, so ist erstlich Kapital in denjenigen Kreisen, die es in der Vorkriegszeit in Häusern anlegten, nicht mehr vorhanden, zum zweiten ist die Wohnungs- und Miet-Politik in Deutschland derart ausgesprochen befehlend, daß der, der wirklich in die Lage käme, Geld zu sparen, es lieber in sicheren ausländischen Papieren anlegt, als in Häusern in Deutschland, von denen er nicht weiß, wie lange sie überhaupt noch sein Eigentum bleiben und ob der Staat eines Tages nicht gerade so gut über das Hauseigentum verfügt, wie über die Mieten. Das nennt sich: „Ankurbelung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Wer glaubt so etwas?

Schornsteinbrand. Am Samstag nachmittag gegen 2 Uhr brach in der Ludwigstraße 8, (Hinterhaus) ein Schornsteinbrand aus, der eine sehr schlimme Form hätte annehmen können. Durch das rasche Eingreifen der Komb. Freiw. Feuerwehr wurde die Gefahr bald beseitigt.

Generalversammlung der Evangel. Volksvereinsung. Dieselbe wurde am vergangenen Samstagabend im Frankfurter Hof abgehalten. Der erste Vorsitzende Herr Direktor Voh eröffnete die etwas schwachbesuchte Versammlung und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Bei einem kurzen Rückblick auf das vergangene Vereinsjahr erklärte der Vorsitzende, daß die Veranstaltungen nicht den gewünschten Erfolg gehabt hätten und sollen dieselben in diesem Jahre eingeschränkt werden. Es erfolgte dann der Jahresbericht durch den 2. Schriftführer Herrn Reuter. Der Mitgliederstand beträgt 242, neuingetreten waren im Vereinsjahr 1926 77 Mitglieder, ausgeschieden durch Verzug etc. 13, durch Sterbefall 5. Der Zuwachs geschah dadurch, daß der Verein seinen Namen änderte und somit der ganzen evangelischen Gemeinde Rechnung getragen wurde. Es wurden 2 Hauptversammlungen, 5 Monats- und 7 Vorstandssitzungen im Jahr 1926 abgehalten. Der Besuch der Versammlungen war sehr schwach und hauptsächlich von der Sängersabteilung besucht, trotzdem verschiedene Lichtbildervorträge des Herrn Dir. Voh gehalten wurden. Besonders gefeiert wurde das 30jährige Stiftungsfest am 14. August. Die Gründer und Mitglieder des Vereins, welche 25 Jahre dem Verein angehören, wurden durch Diplome geehrt. Die Weihnachtsfeier bei der die Sängersabteilung den Hauptanteil hatte, war sehr gut besucht. Die Hauptversammlung im Dezember beschloß in die Verbands-Sterbekasse einzutreten.

Der Kassenbestand des Vereins weist eine

Einnahme von Mk. 2261 89

Ausgabe von Mk. 1694 93

Bestand von Mk. 566 96 auf.

Das übrige Vermögen harret der Aufwertung. Ferner sind noch Sachwerte vorhanden. Besonders erwähnt sei die rührige Arbeit des 1. Vorsitzenden Dir. Voh und des Chormeisters Herrn Lehrer Ziedler, die weder Zeit noch Mühe scheuen, den Verein hoch zu bringen. Der Kassenbericht des Rechners Herrn Schuchmann, der durch Krankheit am Besuch der Versammlung verhindert war, wurde durch Herrn Schreinermeister West geprüft und in Ordnung gefunden.

Bei der Vorstandswahl stellt der 2. Vorsitzende Herr Ellinger den Antrag, den alten Vorstand wieder zu wählen. Dieses geschieht dann auch. Es scheiden aber aus dem Vorstande der 1. Schriftführer, 1. Rechner und 4. Beisitzer aus. Als 1. Schriftführer wird Herr Fritz Reuter, 1. Rechner Herr Otto Kaiser, als 2. Schriftführer Hr. Stadtmüller, gewählt. Die Versammlung beschließt die Beisitzerzahl auf 6 zu erhöhen. Die zwei Herren Peißker und Pidel wurden wieder gewählt und neu dazu Hr. Ringler die Herren Hofmann, Ziedler, Eichardt. — Rechnungsprüfer für 1927 sind die Herren Schreinermeister West und Gerichtssekretär Wagner. Die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge von 40 auf 50 Pfg. pro Monat, außerdem 30 Pfg. extra für die Sterbekasse, wird einstimmig angenommen. Will ein Mitglied noch seine Frau mit in die Sterbekasse versichern, so kostet es weitere 30 Pfg. pro Monat. Der Vorsitzende erklärt zum Schluß, daß eine bessere Beleuchtung an den Veranstaltungen des Vereins erwünscht sei. In diesem Jahre wird nur ein Waldfest und Weihnachtsfeier abgehalten.

Nachdem noch dem 1. Vorsitzenden Herr Dir. Voh und früheren Schriftführer Herrn Schuchmann für ihre Tätigkeit im vergangenen Vereinsjahr gedankt wurde, schloß die Sitzung gegen 12 Uhr.

Frühling wird's wieder! Das herrliche Frühlingswetter lockte gestern zahlreiche Scharen hinaus ins Freie. Die Straßen waren förmlich besetzt von wogenden Menschenmengen, die die nahe gelegenen Taunusorte besuchten.

Obersteden. Am gestrigen Tage unternahm der Kameradschaftsbund ehem. 87, 186, 223, 253 und 486er einen Ausflug nach Obersteden, wofür die Vereine von den dortigen Kameraden begrüßt wurden. Das prächtige Frühlingswetter war zu recht dazu ausgefallen, sich einmal draußen zu tummeln. Die fröhliche Schar raste im Restaurant „Zum Taunus“, in Obersteden. Ein Tanzkränzchen und eine kleine Theateraufführung hielt die Menge noch recht lange beisammen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Nied a. M. hielt am Sonntag den 20. ds. Mts. bei schönstem Frühlingswetter seine Bannerweihe verbunden mit republikanischen Tag ab. Der Besuch von vielen Ortsgruppen war ein besonders guter, sodas ungefähr 2000 Reichsbannerkameraden anwesend waren. In ausführlicher Weise über das Wort Republik sprach Herr Rektor May von Nied, seine Ausführungen wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Als 2. Redner sprach Landtagsabgeordneter Köhle aus Frankfurt a. M., seine Ausführungen betreffs Reichsbanner ernteten ungeheuren Applaus der Zuhörer. Nachdem fand die eigentliche Bannerweihe statt, welche der Gauleiter L. aus Frankfurt a. M. vollzog. Noch sei erwähnt, daß morgens um 11 Uhr eine Gedenkfeier der gefallenen Kameraden auf dem Friedhof stattfand, wobei Kamerad Rektor May aus Nied die Ansprache hielt. Erwähnt sei noch, daß Nied im schönsten Flaggenschmuck prunkte.

Köppern. Am vergangenen Samstagabend wurde vom Sportverein Teutonia „Das Wingerlelele“ aufgeführt. Den Inhalt des Stückes hatten wir in unserer Samstag-Nummer kurz geschildert. — Die Rollen waren an die betreffenden Spieler gut verteilt. Alle Mitwirkenden haben ihr ganzes Können an das Gelingen des Stückes gesetzt, das ihnen der Beifall des Stückes bewiesen hat. Rechten Endes sei auch noch die Bühnen-Architektur sowie die musikalische Einstudierung rühmend hervorgehoben. Alles in allem, ein wohlgelungener Abend.

Die Kantonnarmee vor Nanking.

Schanghai zu Lande abgeriegelt.

Nach den letzten Meldungen aus China steht die Entscheidung in dem chinesischen Bürgerkrieg unmittelbar bevor. Der Fall Nankings und die dadurch entstehende unmittelbare Bedrohung Schanghais durch die Südruppen dürfte nur noch eine Frage von wenigen Tagen sein.

Während die Vortruppen der Kantonn-Armee bereits dicht vor Nanking stehen und sich zum entscheidenden Angriff ansetzen, ist unter den Verteidigern selbst eine Truppenrevolte ausgebrochen. Etwa 1700 Mann der Vortruppen versuchten sich der Munition zu bemächtigen und dann zu den Kantontuppen überzugehen. Der Kommandant von Nanking brachte zur Verfassung Truppen auf, und es begann ein heftiger Straßenkampf zwischen diesen und den Rebellen. Der Versuch, das Munitionsdepot zu nehmen, wurde zurückgeschlagen.

Die in Schanghai und der Umgebung der Stadt stehenden Nordruppen, die noch etwa 8000 Mann betragen, sind jetzt von jeder Verbindung mit dem Gros der Schantungstruppen abgeschnitten. Der gegenwärtige Befehlshaber von Schanghai, General Pih Schu-fung, soll daher Verhandlungen über die kampflose Uebergabe Schanghais und seiner Truppen eingeleitet haben. Der General verlangt hierfür einen Preis von 50 000 Pfund Sterling und droht, falls diese Verhandlungen nicht erfolgreich verlaufen, der Kampf bis vor die Tore Schanghais zu führen. Nach den letzten Verhandlungen soll die Verteidigungslinie der Schantungstruppen an der Front von Sunghang durchbrochen sein. Die Kantonnarmee zieht sich in der Richtung auf Schanghai zurück.

Schlußdienst.

Ein politisches Brautpaar.

Berlin, 21. März. Die ehemalige Reichstagsabgeordnete Frau Antonina v. Diehm, hat sich mit dem vormaligen Reichstagsabgeordneten Dr. v. Nordhoff verlobt. Die Vermählung soll bereits in einigen Wochen in Goslar stattfinden.

Schmidts Aussage zum Fall Wilms.

Berlin, 21. März. Im Remonardprozeß Wilms erfolgte am Sonntag nachmittag die Vernehmung des Zeugen Schmidt, der bereits vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß vernommen worden ist, und der von der Organisation Consul zur Schwarzen Reichswehr kam. Er bezeugte, daß ein genauer Aufschluß vorgelegt habe, bei dem man auf die Mitwirkung der Reichswehr hoffe. Die Rede habe schon seit 1920 bei den Geheimblenden bestanden, in die Schwarze Reichswehr sei sie später gekommen. Zum Fall Wilms erklärte der Zeuge, im Juni 1923 habe ihm Umhofer gesagt, man habe in der letzten Nacht einen „Schwimmer“ lassen. Auf seine Frage, wer das wäre, habe Umhofer Wilms bezeichnet.

Der Provinziallandtag Rheinheffens zur Räumungsfrage.

Mainz, 21. März. Der Provinziallandtag Rheinheffens befaßt in einer Entschließung die Erfolge, die bis jetzt auf außerordentlichem Gebiet zu verzeichnen sind als Vorbedeutung für Deutschlands bessere Zukunft. Er hofft zuversichtlich, daß es der Reichsregierung gelinge, der Verletzung rheinischen Bodens, die der wahren Versöhnung zwischen den westlichen Mächten und uns Deutschen ein stetes Hindernis sein muß, ein baldiges friedliches Ende zu bereiten.

Rundfunk.

Dienstag, 22. März. 3.30: Stunde der Jugend. 4.30: Hausorch. J. S. Bach. Affektuose und Allegro aus dem 5. Brandenburg. Konzert. — Sarabande und Vallerie aus der Suite in G-Moll. 5.45: Westfront. 6.15: Lieber! von Kassel: Neugeborene Schweinemutter. 6.45: Der Hof zu Nechen. 7.15: Stille Nacht. 7.45: Schach. 8.15: Heilerer Abend. Anschl. von Kassel: Tanzmusik.

Δ Darmstadt. (Einberufung des Kassationsbittstages zum 20. März.) Da am 31. März das laufende Etatsjahr abläuft, ist es notwendig, die geltenden Finanzgesetze um einige Zeit zu verlängern, weil der neue Etat vom Plenum noch nicht bewilligt ist und dies auch in der nächsten Zeit nicht geschehen kann, weil die Ausschussberatungen noch nicht beendet sind. Deshalb wird der Landtag voraussichtlich auf den 20. März zu einer kurzen Sitzung einberufen werden, in der die Verlängerung beschlossen werden wird.

Δ Frankfurt a. M. (Die Autostraße Hamburg—Frankfurt—Bassel.) Die Arbeiten der Projektierung sind soweit vorgeschritten, daß auf den bekannten einzelnen Abschnitten seitens der Bearbeiter Fühlung mit den Städten und Gemeinden genommen wird, in deren Nähe die Straße vorbeiführt. Das Interesse weiter abliegenden Länder und Großstädte zeigt sich immer mehr. So ist, nachdem die Stadt Mainz bereits Mitglied geworden war, die Provinz Rheinhessen unter Führung des Provinzialdirektors Geheimrat Dr. Ufinger ebenfalls dem Verein beigetreten. Rheinhessen mit seinem weiten Hinterland drängt unter Benutzung des „Brüdenlopfes Mainz“ zu der großen Fernstraße.

Δ Gelnhausen. (Ein mysteriöser Vorfall.) Im Kreisort Gelnhausen ereignete sich ein sonderbarer Vorfall. Auf der Dorfstraße stehend, wurde die etwa 18 Jahre alte Tochter des Maurers Engel von den Insassen eines Kraftwagens um den Weg nach Udenhain gestoppt. Das Mädchen gab Bescheid, wurde aber plötzlich — man behauptet, daß sich einer der Kraftfahrer, die von auswärts stammen, mit den Händen vor ihrem Gesicht zu schämen machte — ohnmächtig, fiel um und blieb nahezu zwei Stunden bewußtlos, wobei ihr der Kopf in bedenklicher Weise aufschwellte. Jemand einen Aufschluß vermochte das Mädchen über den Vorgang des Falles nicht zu geben. Während sich viele Neugierige ansammelten, hatten sich die Automobilisten entfernt. Man ist eifrig dahinter, die Ursachen des mysteriösen Vorgangs zu ergründen.

Δ Bidingen. (Eine 13jährige Lebensretterin.) Das etwa 34jährige Töchterchen des hiesigen Försters Kreuter fiel beim Spielen in den stark angeschwollenen Seemebach. Das 13jährige Töchterchen des Försters faßt bemerkt das Unglück und sprang dem Kinde, das schon über 60 Meter weit fortgetrieben war, nach. Es gelang ihm auch, das Kleine unter großen Anstrengungen vom Tode des Ertrinkens zu retten.

Δ Webra. (Ein Lastauto von einem Güterzug überfahren.) Bei einem Bahnübergang hinter dem Tunnel am Bahnhof Burghausen (Ereide Fulda—Webra) wurde ein Lastauto von einem Güterzug überfahren. Die Schranke war bereits geschlossen, als sie der Wächter nochmals öffnete, um das Lastauto durchzulassen. Beide Hauptgleise waren eine Stunde lang gesperrt. Zwei auf dem Lastauto befindliche Personen wurden verletzt.

Δ Kassel. (Revision des Vätermörders.) Der vom hiesigen Schwurgericht wegen Vätermordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Theodor Schmalz hat gegen das Urteil Revision angemeldet. Er bezieht in der Revisionsbegründung vier der sieben vernommenen Zeugen des schuldigen Falles bezw. sogar des wissentlichen Meineides.

Δ Montabaur. (Wieder ein Passant von einem Auto überfahren und liegen gelassen.) In letzter Zeit häufen sich in erschreckender Weise die Fälle, daß Fußgänger auf der Landstraße in der Dunkelheit von Autos angefahren werden und die Wageninsassen rücksichtslos, ohne sich um den Verletzten zu kümmern, weiterfahren. So wurde jetzt wieder bei Marienradendorf ein Mann mitten auf der Landstraße schwer verletzt in seinem Blute liegend vorgefunden. Die Wageninsassen ließen den Verletzten liegen, ohne sich um ihn zu kümmern.

Δ Wiesbaden. (Beschlüsse des Landesausschusses Wiesbaden.) Der Landesausschuss bewilligte die Mittel für die Ausbaurbeiten der Ueberlandzentrale Oberfeld. Es handelt sich darum, die in Oberfeld im Hochsauerbruch vorhandene Umspann- und Schallstation, die veraltet und zu klein geworden ist, auszubauen, damit sie den heutigen Anforderungen entspricht. Ferner bewilligte der Landesausschuss die Mittel für Anlagen und für Errichtung einer Abteilung für offene Tuberkulose sowie für eine Liegehalle in der Kinderheilstätte Mammolshöhe und genehmigte die Umbaukosten für das Gebäude der Nassauischen Landesbank, Zeil 127, in Frankfurt a. M.

Δ Alzen. (Jugendliche Opferstroläuber.) Zwei hiesige Schüler drangen kürzlich in eine Verkaufsbude am Bahnhof und in ein Kino ein, um zu stehlen. Der Polizei gelang es nunmehr festzustellen, daß die jugendlichen Diebe identisch sind mit den Tätern, die im Herbst vergangenen Jahres in der katholischen Kirche den Opferstock veranbten.

Handelsteil.

Berlin, 19. März.

— **Devisenmarkt.** Spanien lag fest, Mailand schwächer.
— **Effektenmarkt.** Die Kurse konnten sich bei der allgemein freundlichen Stimmung verbessern.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen märk. 20.7—27, Roggen märk. 21.7—21.9, Braugerste märk. 21.4 bis 24.2, Wintergerste 19.2—20.5, Hafer märk. 19.8—20.6, Mais 2a Plata 17.8—18, Weizenmehl 34.25—36.5, Roggenmehl 33.5 bis 35.5, Weizenkleie 15.25—15.75, Roggenkleie 15—15.25.

Frankfurt a. M., 19. März.

— **Devisenmarkt.** Keine besonderen Veränderungen, leichtes Anziehen des Reichsmarktkurses.

— **Effektenmarkt.** Die Börse verkehrte am Wochenanfang etwas fester. Für Anleihen bestand kein Interesse.

Aus aller Welt.

□ Die deutschen Ausstellungsgegenstände auf der Yvoner Städteausstellung 1914 werden zurückgegeben. Im Jahre 1914 hatte die Stadt Yvon eine Städteausstellung veranstaltet, zu der eine große Reihe deutscher und österreichischer Städte aus ihren Museen und Sammlungen Ausstellungsgegenstände gesandt hatten. Dabei waren wohl die wertvollsten Gegenstände die aus dem Goethe-Haus in Frankfurt übersandten Manuskripte und Reliquien. Nach langwierigen Verhandlungen ist im Jahre 1924 auf Veranlassung des damaligen Ministerpräsidenten Herriot, der gleichzeitig Bürgermeister der Stadt Yvon ist, seitens der französischen Regierung bestimmt worden, daß die Gegenstände zurückgegeben werden sollen. Es waren jedoch dabei wieder Streitigkeiten über die ungeheuer hohen Aufbewahrungskosten und Versicherungsgeldern entstanden, die nun endlich wiederum durch Vermittlung Herriot nach schwierigen Verhandlungen beigelegt worden sind. Die Ausstellungsgegenstände sind freigegeben worden und werden nunmehr ihren rechtmäßigen Besitzern wieder zugestellt werden.

Bekanntmachung

beir. Hühnersperre.

Auf Grund des § 1 der Polizei-Verordnung vom 20. 9. 1890 wird für die Zeit vom 1. 4. 1927 bis Ende November die Hühnersperre für die beiden Stadtbezirke Bad Homburg und Airdorf hiermit angeordnet.
Bad Homburg v. d. H., den 18. März 1927
Polizei-Verwaltung.

Holzversteigerung

Mittwoch, den 22. März 1927, kommt im Niedererlenbacher Gemeindewald folgendes Holz zur öffentlichen Versteigerung:

1. Nugholz

10 Am. Eichen-Scheit, 2,50 Mr. lang
20 Am. Kiefern-Scheit, 2,50 Mr. lang
18 Am. Lärchen-Scheit, 2,50 Mr. lang
30 Am. Lärchen-Anüppel, 2,50 Mr. lang

Pfostenholz

2. Brennholz

14 Am. Buchenscheit und -Anüppel
103 Am. Eichen-Scheit und -Anüppel
43 Am. Kiefern-Scheit und -Anüppel
2670 Stück Buchenwellen
1385 Stück Eichenwellen
700 Stück Kiefernwellen

664

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr am Dillinger Friedhof, am Eingang des Waldes.

Kessliche Bürgermeisterei
Niedererlenbach
M u g.

Auß-u. Brennholzversteigerung

Am Mittwoch, den 23. März 1927, vormittags 9.30 Uhr, kommen in der Restauration „Zur Karlsbrücke“ an der Saalburg-Chaussee folgende Holzmassen meistbietend zur Versteigerung,

a) Nugholz:

im Distrikt 9, Airdorfer Markwald:
40 Stück Eichenstämme 2., 3., 4., und 5. Klasse mit 29,56 fm.
3 Stück Lärchenstämme 2a Klasse mit 1,54 fm.
4 Am. Lärchennugholz (Pfostenholz).

b) Brennholz:

in den Distrikten 9, 14 und 21b, Airdorfer Markwald
33 Am. Eichenstämme und Anüppelholz und 6605 Eichenwellen und 150 Nadelholzwellen.

Zahlungsfrist für Nugholz bis 1. August 1927 und für Brennholz ein Monat. Die Befichtigung des Holzes vor der Versteigerung wird empfohlen. Auskunft erteilt Herr Förster Müller, Al. Tannenwald.

Bad Homburg v. d. H., den 17. März 1927
Der Magistrat

Verantwortlich für den politischen, Handels- und lokalen Teil Kurt Lohde, für Inserate Christof Diden-
scheid beide in Homburg.

Achtung

Lassen Sie sich nicht beirren!

Bringen Sie Ihre Schuhe zum **Sohlen u. Reparieren** zu uns. Schnelle, gute Bedienung, Abholung. Herrensohlen 3.50 Mk. an Damensohlen 2.40 Mk. an Herrenabläße 1.10 Mk. an Damenabläße 0.80 Mk. an im Ago-Kleberverfahren neuzeitlich eingerichtet, für die feinsten Schuhe. Die Zufriedenheit und Zunahme unserer Kunden bürgt für die Qualität unseres Materials 435) **Tausch-Schuhinstandsetzungs-Anstalt** Elisenbühlstr. 41. Telefon 983. Auldenstr. 10

Achtung

Heirat

will wohl bedacht sein! Eine Ehe ohne Gasgerät für die Haushaltsführung ist ein Wagnis.
— Fragen Sie das Gaswerk. —

Älterer tüchtig. Bauschreiner

der selbständig zu arbeiten versteht, zur Aushilfe gesucht. Vorzuzustellen mit Zeugnissen bei **Bau- und Möbelschreinerei Sch. Böller, Köppern.** 661

Kostenlose

Feuerbestattung

ohne jede Wartezeit gegen geringe Monatsbeiträge, gewährt die Deutsche Feuerbestattungskasse

„Flamme“

Auskunft erteilt Herr Gustav Ladeke, Bad Homburg, Waldenhausstrasse 4.

Verein für Feuerbestattung e. V. für Bad Homburg und Umgegend, 212

Der Deutsche Rundfunk

die größte Funkzeitschrift, bringt alle Programme und großen Unterhaltungs- und Bastlerteil. Nur 50 Pf. jede Woche. Abonnementsbestellung bei jedem Briefträger
Probenummern **kostenlos** vom Verlag Berlin M 24

Sargmagazin Christoph Erny & Sohn

5 B e h l e r s t r a ß e 13 1/2

Lieferung von Eichen-, Kiefern- und Tannensärgen in allen Preislagen.

Uebnahme von Beerdigungen bei billiger Berechnung

611)

Vergessen Sie nicht!
für die bevorstehenden
Ostereinkäufe!
Ihre Inserate noch rechtzeitig bei uns aufzugeben.



Schürzen

jetzt billig

(610)
Zweiggeschäft Jahn, Luisenstraße 27

Presto-Fahrräder

Tourenmodell
Mark
98.—



Halbrenner
(auch Sprint)
Mark
108.—

Bequeme Zahlungsweise

„Frafag“ Frankfurt a. M.
Baltionstrasse 4-8
(Linie 14, 18, 19, Allerheiligentor).

609

Waschbüchten, Pflanzenkübel, Töpfe

(429)

selbst angefertigt, in allen Größen vorrätig. — Ferner empfehle ich mich zum Abfüllen von Weinen und Instandhalten von Kellereien. — Alle Reparaturen werden gut und preiswert ausgeführt.

Nicolaus Scheu

Neue Mauerstraße 11 Küfermeister Telefon 681

Bergebung der Weißbinder- und Anstreicherarbeiten

an den Außenfronten der 2. und 3. Wohnhausgruppe der Dr. Weber-Stiftung
Angebotsunterlagen im Stadtbauamt erhältlich, Angebote bis **Samsag, den 26. März 1927, vorm. 10 Uhr**, daselbst einzureichen.

Bad Homburg, den 19. März 1927. 1001
Städt. Bauverwaltung